



Foto: Netzwerk für Demokratie und Courage

Blockade gegen Rechts

Angesichts der Entdeckung der sächsischen Terrorzelle fühlt sich die DGB-Jugend in ihrem Kampf gegen den Rechtsextremismus bestätigt. Und bereitet sich auf die Blockaden in Dresden 2012 vor.

Rechtsextremismus und rechter Terror richten sich gegen unsere freie und friedliche Gesellschaft. Wir alle sind aufgefordert zu handeln – überall dort, wo Rechtsextreme versuchen, gesellschaftlichen Boden zu gewinnen«. So steht es in einem gemeinsamen Aufruf von Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Politik und Kultur anlässlich der jüngst aufgedeckten Mordserie an neun Migranten durch Rechtsextreme.

Dies liest sich wie eine Umschreibung der Politik der Gewerkschaftsjugend: »Jahrelang sind Anschläge, Nazigewalt und Waffenfunde in der Naziszene bagatellisiert worden«, heißt es in einem aktualisierten Beschluss des DGB-Bundesjugendausschusses (BJA). Die Mordserie zeige, wie wichtig entschlossenes antifaschistisches Handeln sei. Nach der Devise »Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg« wollen die jungen GewerkschafterInnen rechtsextremistischen Entwicklungen entschlossen entgegen-treten.

Ein wichtiger Termin dabei ist der 13. Februar 2012: Dann wollen Rechtsextreme aus ganz Eu-

ropa wieder durch Dresden marschieren. Der Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten dient ihnen dazu, ihre menschenverachtende Ideologie mit einer Großdemonstration zur Schau zu stellen.

In den letzten Jahren ist es den GegnerInnen jedoch gelungen, die Dynamik der Aufmärsche zu durchbrechen. Tausende DemonstrantInnen haben es geschafft, den Marsch der Nazis mit Massenblockaden in einem breiten Bündnis aus Antifa-Gruppen, lokalen Initiativen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden zu verhindern.

Auch 2012 soll diese Strategie verfolgt werden. Die DGB-Jugend stellt deshalb klar: »Ziviler Ungehorsam ist unser Recht, unsere Blockaden sind legitim.«

»Ohne zivilen Ungehorsam hätte die Arbeiterbewegung in ihrer 150-jährigen Geschichte viele ihrer Rechte nicht erkämpfen können«, sagt DGB-Jugend-Referentin Mirjam Blumenthal.

Der BJA-Beschluss zu Dresden wendet sich auch gegen die Behinderungen von staatlicher Seite: DemonstrantInnen wurden seit dem letzten Jahr mit rechtswidrigen Funkzellenabfragen traktiert oder gar mit politisch motivierten Strafverfahren überzogen. In Dresden soll daher auch gegen die staatliche Aushöhlung des Versammlungsrechts und die Beschneidung der Bürgerrechte demonstriert werden. ▀

Ausgabe Dezember 2011

inhalt

3 thema

DBJR und DGB-Jugend

4 schule, ausbildung, studium + beruf

»Dialog Praktikum«: Eine Fachtagung

5 azubi-ratgeberin

Sexuelle Belästigung

6 projekte

Die Social-Media-Projekte der DGB-Jugend

7 bezirke + gewerkschaften

IG BAU-Jugend: Unter 25-Jährige sind gefährdet
Und noch mal 25: Das »Gelbe Hand«-Jubiläum

Ratgeber Leiharbeit



Mit Leiharbeit können Arbeitgeber zu miesen Konditionen schufteln lassen und nebenbei die Festangestellten unter Druck setzen. Besonders BerufseinsteigerInnen werden von dieser Landplage heimgesucht. Wegen zahlreicher gesetzlicher Änderungen hat der DGB nun seinen »Ratgeber Leiharbeit« tiptop überarbeitet. Brandaktuelle Infos über Rechte und Möglichkeiten der Betriebsräte und Jugendvertretungen! ▀

<https://www.dgb-bestellservice.de>

Position



»Ihr seid nicht ausbildungsreif! – Die betriebliche Ausbildung muss besser werden und Zukunftsperspektiven bieten.« Positionspapier der DGB-Jugend Hessen-Thüringen. ▀

http://bit.ly/dgbj_th_position

Stabile Zahlen

Die Drogen // Synthetische Drogen werden europaweit zunehmend beliebter. Koks und Cannabis sind dagegen out – so lautet das Fazit des im November 2011 veröffentlichten Berichts der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, **Mechthild Dyckmans** (FDP), sagte, der Drogenkonsum in Deutschland sei im vergangenen Jahr »weitgehend stabil« geblieben, allerdings sei wie beim Europatrend bei Cannabis ein Rückgang des Konsums bei Jugendlichen zu verzeichnen.

Soli aktuell meint: Wenigstens *eine* halbwegs solide Branche in der EU!

<http://drogenbeauftragte.de>

Besserungswillen

Hundt zu Zeitarbeit // Arbeitgeberpräsident **Dieter Hundt** hat sich für einen Stufenplan zur gleichen Bezahlung von ZeitarbeitnehmerInnen und Stammbeschäftigten ausgesprochen. Der Unternehmer-Chef bot den Gewerkschaften an, noch vor Ablauf der Tarifverträge zum Ende des Jahres 2013 Verbesserungen für ZeitarbeitnehmerInnen zu vereinbaren. Es gehe darum, gemeinsam einen Konsens »mit einer stufenweisen Anpassung an Equal Pay« zu finden, so Hundt im November 2011 beim Deutschen Arbeitgebertag in Berlin.

ZeitarbeiterInnen haben vielfach schlechtere Bedingungen bei der Arbeit. Überdurchschnittlich viele junge Leute sind davon betroffen.

www.bda-online.de

Übernahme klappt

StahlkocherInnen // Die StahlarbeiterInnen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen haben einen neuen Tarifvertrag. Es gibt 3,8% mehr Geld. Bei der Vereinbarung zur Übernahme wurde eine Übergangsregelung für die derzeitigen Auszubildenden vereinbart, die zusätzliche Einschränkungen enthält, wenn der Arbeitgeber über Bedarf ausgebildet hat. In diesen Fällen gilt jedoch mindestens ein einjähriger Anspruch auf Übernahme. IG Metall-Verhandlungsführer **Oliver Burkhard**: »Die Frage der Übernahme war ein zentrales Thema der Gespräche.«

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Stahl, **Helmut Koch**, betonte hingegen, dass es auch künftig nur eine bedarfsgerechte Übernahme der Auszubildenden geben werde.

Soli aktuell fragt: Ganz schön abgekocht.

www.igmetall.de

Studiengebühren hinüber

Hamburg spart sich Sparen // Ab Wintersemester 2012/2013 gibt es auch in Hamburg keine Studiengebühren mehr. Geld fürs Studium erheben dann nur noch die Bundesländer Bayern und Niedersachsen.

<http://bit.ly/oVoZCF>

So viele Studis wie nie

ErstsemesterInnen // Neuer Rekord bei den Erstis: 515.800 StudienanfängerInnen gibt es im Studienjahr 2011 (+16%) – das bedeutet eine Studienanfängerquote von 55% eines Jahrgangs.

Im Wintersemester 2011/2012 liegt die Anzahl der Studierenden an den Hochschulen mit rund 2,4 Mio. um knapp 8% über dem Stand des vorhergehenden Wintersemesters. An Universitäten oder vergleichbaren Hochschulen sind 1,6 Mio. (67%), an Fach- sowie Verwaltungsfachhochschulen 0,8 Mio. (33%) Studierende immatrikuliert.

Angesichts der Bildungsproteste in mehreren Städten hat der DGB im November 2011 Bund und Länder aufgefordert, die Hochschulen endlich auf den Ansturm von immer mehr StudienanfängerInnen auszurichten. »Bund, Länder und Hochschulen müssen die Studienbedingungen deutlich verbessern«, sagte DGB-Vize **Ingrid Sehrbrock**.

www.destatis.de, www.dgb.de/-/ydv



I. Sehrbrock

Zackig studiert

Hochschul-Verweildauer // Knapp die Hälfte der BachelorabsolventInnen an Universitäten schloss im Prüfungsjahr 2007 innerhalb der dort überwiegend geltenden Regelstudienzeit von sechs Fachsemestern ab, 2008 und 2009 waren es jeweils 59%.

An den Fachhochschulen, an denen je nach Länge der Praxisphase etwa gleich häufig Bachelorstudiengänge mit sechs oder sieben Semestern Regelstudienzeit angeboten werden, erreichte knapp die Hälfte der AbsolventInnen der Prüfungsjahre 2007 bis 2009 innerhalb von sechs, drei Viertel nach sieben Semestern den Abschluss.

Den Masterabschluss legte sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen mehr als die Hälfte der AbsolventInnen innerhalb von vier Semestern ab.

www.wissenschaftsrat.de

Falken-Haus brannte



Gewalt // Im November 2011 hat es erneut einen Anschlag auf das Anton-Schmaus-Haus, das Tagungszentrum der Jugendorganisation SJD – Die Falken in Berlin-Britz, gegeben. Jetzt wurde am symbolträchtigen 9. November Feuer gelegt. Zuvor war das Haus im Juni abgebrannt worden. Schon im Sommer wurden Neonazis hinter der damaligen Tat vermutet. Der Schaden beläuft sich insgesamt auf 120.000 Euro. Das Haus wurde auch von der DGB-Jugend genutzt. Eine Wiederinbetriebnahme war für den 4. Dezember 2011 geplant. »Alle unsere Bemühungen sind zunichte gemacht«, sagt DGB-Jugend-Referentin und Falken-Sprecherin **Mirjam Blumenthal**.

Mangelware Gerechtigkeit

Arm und Reich // Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland ist in den vergangenen 15 Jahren massiv auseinandergegangen. Darüber beschwert sich jetzt der DGB in seinem »Verteilungsbericht 2011«. Demnach konzentrieren sich die Vermögen immer stärker in den Händen weniger: Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 23% des Nettovermögens.

Ganz anders sieht es am unteren Ende der Vermögenspyramide aus: Mehr als 70% der Erwachsenen besitzen gerade mal 9% des Nettovermögens. Jeder Vierte besitzt nichts oder ist gar verschuldet.

Zuwächse beim Bruttolohn waren in der Vergangenheit rar. Die Folge: Die Beschäftigten haben real heute weniger in der Tasche als zur Jahrtausendwende. Die Reallöhne sind seitdem um 4,5% gesunken.

Soli aktuell meint: Mehr Brutto vom Brutto, bitte. Jetzt helfen nur noch kräftige Lohnerhöhungen.

www.dgb.de/-/ywb

Neues Gesetz

Ausländische Abschlüsse // Nach einem Gesetzesentwurf von Bildungsministerin **Annette Schavan** (CDU) sollen ZuwandererInnen ab dem 1. März 2012 einen Rechtsanspruch darauf bekommen, dass Berufsabschlüsse, die sie in ihrer Heimat erworben haben, innerhalb von drei Monaten überprüft werden. Stimmt die Qualifikation mit den deutschen Anforderungen nicht überein, müssen zumindest die im Ausland erworbenen Kenntnisse bescheinigt werden.

Müder Streik

O-Ton // »Zugegeben, ein waschechter Bildungsstreik geht anders.«

Das Internetportal »Studis online« über die etwas verhaltener ausgefallenen Proteste von Studierenden im November 2011

Personalien

Michael Wagner, 25, Vorsitzender der ver.di Jugend Sachsen – Sachsen-Anhalt – Thüringen und Student der Sozialökonomie in Hamburg, ist neuer Vizepräsident des Pan-European Regional Council, PERC. Und wird damit ebenfalls in das Jugendkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes, ITUC, entsandt. PERC-Präsidentin wurde **Daniela Aleksieva** aus Bulgarien.

Vertreten wird Wagner von **Adrian Hermes** (IG Metall-Jugend), der bereits für die DGB-Jugend im Vorstand des EGB-Jugendkomitees sitzt.

Christin Richter, 31, ist neue Bezirksjugendsekretärin des DGB Berlin-Brandenburg. Sie löst **Daniel Wucherpfennig** ab, der beim DGB andere Aufgaben übernimmt.



M. Wagner



C. Richter

Bunt und wichtig

Julia Böhnke vertritt die Interessen der DGB-Jugend beim Deutschen Bundesjugendring (DBJR). Im Soli-aktuell-Interview spricht sie über den Blickwinkel junger Beschäftigter und den Kampf der Jugendverbände gegen Rechtsextremismus.

Julia, du bist nun stellvertretende Vorsitzende des DBJR. Welche Aufgaben hast du dort?

Im Vorstand kümmere ich mich um die Themen Jugendarbeitslosigkeit, Berufsausbildung, Rechtsextremismus, Medien- sowie Geschlechterpolitik. Das klingt zunächst nach einer bunten Mischung, aber besonders in den Bereichen Jugenderwerbstätigkeit und Antirassismus gibt es viele Handlungsfelder für Gewerkschaften und die Jugendverbandsarbeit.

Welche Aufgabe hat der DBJR?

Er vertritt die gebündelten Interessen von Jugendverbänden auf Bundesebene. Jugendverbände in Deutschland umfassen dabei viele Millionen Kinder und Jugendliche, die sich zusammen engagieren. Ob für die Umwelt, die Kirchengemeinde, die soziale Gerechtigkeit oder – wie im Fall der DGB-Jugend – für gute Ausbildung, gute Arbeit und ein gutes Leben.

Auch die Vorstandsmitglieder haben sehr unterschiedliche Hintergründe – von der katholischen Kirche über die Gewerkschaftsjugend bis zu den Pfadfindern. Wie kommt ihr miteinander aus?

Bei den verschiedenen verbandlichen Hintergründen bleibt es natürlich nicht aus, dass sich schon die grundsätzlichen Einschätzungen manchmal stark voneinander unterscheiden. Wichtig bei unserer Arbeit ist, dass niemand außen vor gelassen wird – sprich alle DBJR-Mitgliedsverbände und Vorstandsmitglieder müssen die Beschlüsse mittragen können.

Das ist nicht immer einfach, aber klappt viel häufiger, als man denkt. Denn Ehrenamtliche

sind, unabhängig davon, wo sie sich engagieren, teilweise von ähnlichen Problemen betroffen. Zum Beispiel machen es verengte (Aus-)Bildungsverläufe, die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und befristete Beschäftigungsverhältnisse für viele junge Menschen schwierig, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Welche Inhalte möchtest du von der DGB-Jugend in den DBJR transportieren?

Ich denke, für die Jugendarbeit in Deutschland ist es sehr wichtig, dass die Gewerkschaftsjugend die Perspektiven junger Beschäftigter einbringt. So setzen wir uns zum Beispiel für die arbeitsmarktneutrale Umsetzung der Freiwilligendienste ein. Es ist aus unserer Perspektive abzulehnen, dass durch den Ausbau der Freiwilligendienste neue prekäre Lohn- und Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden könnten. Das gilt es zu verhindern. Die Tätigkeiten dürfen nicht den Charakter eines klassischen Arbeitsverhältnisses annehmen und nicht in Konkurrenz zu »herkömmlichen« Arbeitsplätzen stehen. Dabei muss auch sichergestellt werden, dass Freiwillige keine professionellen Fachkräfte im pflegerischen, pädagogischen und im sonstigen Bereich ersetzen.

Was ist derzeit das heißeste Thema auf der Agenda?

Der DBJR und einige seiner Verbände bringen sich momentan in die Diskussion rund um die Ursachen von rechter Gewalt ein. Nach dem Bekanntwerden der von Neonazis verübten Mordserie stehen in der Öffentlichkeit fast nur Themen der »Sicherheits- und Abwehrpolitik« im Fokus. Dabei wird vernachlässigt, dass Bundesjugendministerin Kristina Schröder der Präven-

Der politische Arm der Jugend

Rund 6 Mio. Kinder und Jugendliche engagieren sich in Deutschland in Jugendverbänden. Ob bei der Feuerwehr, der Alevitischen Jugend oder natürlich der DGB-Jugend: Jugendverbände sind Orte, an denen sie Gemeinschaft erleben, lernen, Freizeit gestalten, aktiv sind. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) vertritt 46 Organisationen und ihre Interessen auf Bundesebene.

Der Vorstand arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse von Vollversammlung und Hauptausschuss. Er tagt etwa acht bis zehn Mal im Jahr, führt die politischen Gespräche und repräsentiert den DBJR bei Veranstaltungen. Der Vorstand wird auf der Vollversammlung für zwei Jahre gewählt. ▀

www.dbjr.de

tionsarbeit gegen Rassismus und Neonazismus Steine in den Weg legt. Sie verharmlost die verübten Morde durch eine Gleichsetzung von rechts und links. Dies wird vor allem in ihrer Förderpolitik deutlich.

Dabei ist besonders die Jugendarbeit in diesem Themenfeld wichtig: Denn den rechten Gewalttaten gehen immer menschenfeindliche Einstellungen voraus.

Warum wehrt ihr euch so vehement gegen die Demokratieklausel?

Einer der dicksten Steine, den Frau Schröder der Zivilgesellschaft in den Weg gelegt hat, ist diese Extremismusklausel: Bevor wir als Träger der Jugendarbeit für unser Engagement gegen Nazis gefördert werden, sollen wir dem Ministerium unsere Verfassungstreue versichern. Diejenigen, die sich gegen Rassismus engagieren, werden zunächst unter den Generalverdacht gestellt, in ihren Reihen würden sich »Antidemokraten« befinden.

Darüber hinaus sollen wir als Jugendverbände unsere Partner auf Verfassungstreue prüfen und im Zweifel beim Bund und beim Verfassungsschutz anfragen. Ausgerechnet bei denen!

Angesichts der Verstrickung von Behörden in rechtsextreme Strukturen wäre es eher angebracht, hier misstrauischer zu sein. ▀

Julia Böhnke ist 23 Jahre alt und studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Sie ist neben dem Studium als studentische Mitarbeiterin und Teamerin in der gewerkschaftspolitischen Jugendbildungsarbeit tätig. Seit Herbst 2011 ist sie im DBJR-Vorstand.



Julia Böhnke

Foto: DBJR/Michael Scholl

»Es ist sehr wichtig, dass die Gewerkschaftsjugend die Perspektiven junger Beschäftigter einbringt.«

Praktikum? Prima Sache!

Über die Zukunft eines gesetzlich weiterhin nicht geregelten Zustands wurde auf der Fachtagung »Dialog Praktikum« am 24. November 2011 in Berlin diskutiert.

Es besteht kein Rechtsanspruch des Praktikanten auf eine Praktikumsvergütung. Eine Vergütung wird dementsprechend von der Praktikumsstelle nicht gezahlt.« So steht es nach wie vor im Mustervertrag für ein Praktikum beim Deutschen Bundestag.

Was ist eigentlich ein Praktikum? Ein Lernverhältnis? Ein besonders prekärer Berufseinstieg? Verdrängung von Normalarbeitsverhältnissen?

Seit einigen Jahren nun werden diese Fragen diskutiert, Studien wurden in Auftrag gegeben, es gab Petitionen. Auf die Vorschläge seitens der Gewerkschaften, das Praktikum gesetzlich zu regeln, reagieren Arbeitgeber und Politik aber nach wie vor wie von der Tarantel gestochen.

Um den (Still-)Stand der Dinge zu überprüfen, haben die Bundesministerien für Arbeit und Soziales (BMAS) bzw. Bildung und Forschung (BMBF) daher gemeinsam mit dem DGB und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BdA) eine Fachtagung zum Thema organisiert. »Dialog Praktikum« hieß die eintägige Veranstaltung am 24. November 2011 im Umspannwerk Berlin-Kreuzberg. Etwa 100 Besucher – Gewerkschafter, Chefinnen, Ministerialdirigenten und Unternehmensberaterinnen – waren gekommen.

Und natürlich Praktikantinnen und Praktikanten. Denn das BMAS hat jetzt, wo es nicht gesetzlich werden will, immerhin Richtlinien für ein gutes Praktikum beim Bund erlassen. Dort genannt: mindestens 300 Euro monatlich, Vertrag, Ausbildungsplan.

Vergütung zum Beispiel ist eminent wichtig: »Meine zwei Kinder sind ganz aus dem Häuschen«, berichtet BMAS-Abteilungsleiter Rainer Schlegel. Die haben gerade ein Praktikum begonnen – und dann auch Geld dafür bekommen, natürlich im üblichen Rahmen. »Obwohl das ungleich weniger ist, als ich ihnen zu stecke«, setzt er lakonisch hinzu.

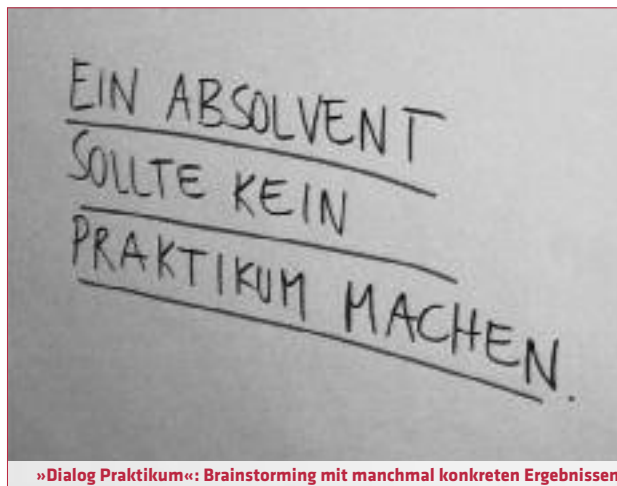
Ja, ohne Eltern geht leider gar nichts. Gut, wer welche hat. Denn viele können sich ihr Praktikum nicht leisten, zumal wenn es in einer deutschen Großstadt stattfindet. Miete, Fahrtkosten, Unterhalt – das lässt sich von der Vergütung, sofern es denn eine gibt, ohne Unterstützung nicht bestreiten.

Aber vielleicht ist das ja auch nicht nötig. Denn junge Menschen leben heute vorwiegend mobil im Internet, und dafür gibt es bekanntlich eine Allnet-Flat. Dementsprechend sitzen als Ver-

treter der *digital natives* nun die Jungautoren Klaus Raab und Rick Noack auf dem Podium. Der eine schreibt Bücher über junge Leute in sozialen Netzwerken. Der andere ist gleich dort eingezogen. Raab: »Wir sind online, wo seid ihr?« Noack: »Ich mache alles im Internet. Nur schlafen und mit Mama streiten nicht.«

Aber das lässt sich sicher verbessern. Arbeitszeiten, berichten die beiden, seien heute nicht mehr zeitgemäß. Weil man 24 Stunden online sei, erübrige sich die Debatte über die Verfügbarkeit von Arbeitskraft.

Während Raab sich aber durchaus Gedanken macht, was mit denen ist, die durchs soziale Netz fallen, das – anders als das flächendeckende Web – eher löchrig ist, rät Noack den Unternehmen, nicht »uncool« zu sein: Wieso könne man sich eigentlich noch nicht über Twitter bewerben?



Den Rest erledigt der Fachkräftemangel. Viele Erfolgreiche sind gekommen, für die der Berufsstart mitnichten prekär ist. Von der »Generation Praktikum«, die in den letzten Jahren ganz schnell eine »Generation Prekär« wurde, ist nichts zu spüren. »Generation Leistungsbeurteilung« trifft es eher, legen die Ausführungen nahe. Noack: »Wir sind die Leute, die nie Zeit haben.«

Schön für manche, aber nicht für alle. In einer weiteren Diskussionsrunde weist DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf darauf hin, dass erstens nicht alle HochschulernInnen über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um sich ein Praktikum leisten zu können.

Und zweitens sind nicht alle PraktikantInnen Studierende: Praktika gibt es auch nach der dualen Ausbildung. So werden in manchen Branchen gar Ausgelernte in ein Praktikum übernommen statt in ein Arbeitsverhältnis. Denn denen fehlt ja – was war gleich noch mal duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule? – die Betriebspraxis. Manche Arbeitgeber lassen

junge Menschen gar noch vor der Ausbildung in der Praktikasschleife rotieren.

»Da hilft nichts, auch kein Gesetz«, weiß Schlegel. Dies seien Fälle fürs Gericht, schwarze Schafe gebe es immer. Vielleicht liest man ja auch im Bundestag demnächst mal die Richtlinie.

Rudolf wusste zu berichten, dass sich für die Gewerkschaften mittlerweile ein sehr differenziertes Bild ergibt: »Wir haben sehr gute Unternehmen, die faire Praktika anbieten und so Nachwuchskräfte gewinnen.« Ansonsten werfe viel Licht auch viel Schatten.

Die Betriebe sind durchaus sensibel geworden für die Diskussion. Nicht zuletzt auch wegen des von Raab und Noack ins Feld geführten *social networking*: Wer in seinem Laden Mist mit jungen Leuten baut, steht auch schon

mal ganz schnell im Bewerbungsportal. Denn das Firmenimage haben Arbeitgeber nicht mehr ganz in der eigenen Hand. Rudolf: »Am besten ist eine Win-Win-Situation« – die Betriebe arbeiten vernünftig, junge Leute finden einen Einstieg.

Wie oft das passiert, darüber streiten sich die ExpertInnen. Rudolf weiß von einem »Klebeffekt« von rund 20 Prozent, Diskussionspartner Alexander Böhne vom BdA glaubt an 50. Die DGB-Jugend will trotzdem eine gesetzliche Regelung der Praktika-Konditionen.

Denn es gibt Branchen, in denen die prekäre Einstiegsbeschäftigung die Regel ist. Böhne: »Missbrauch gibt's kaum. Die Generation P ist erledigt.«

Dann wäre aber keiner auf der Tagung. »Missstände gibt es«, kontert Rudolf. »Wir sind heute hier, weil das BMAS deshalb einen Leitfaden herausgibt – und kein Gesetz will.«

Im Jahr 2007 hatte es eine baugleiche Veranstaltung schon einmal gegeben. Damals drängte der SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz auf ein Gesetz, wurde aber vom BMBF ausgebremst. Heute regiert Schwarz-Gelb – stehen die Chancen nun besser?

»Wir wollen«, sagt BMAS-Mann Schlegel, »keinen Überwachungsstaat!«

Ohne Eltern geht leider gar nichts.

Po klapsen – nein danke

Der Ausbildungsreport 2011 der DGB-Jugend zeigt: Sexuelle Belästigung am Ausbildungsplatz ist verbreitet. Da sie schwerwiegende Folgen haben kann, ist es wichtig, klare Grenzen zu ziehen.

Der jährlich erscheinende Ausbildungsreport der DGB-Jugend gibt einen Überblick über die Qualität in der Ausbildung in Deutschland. 2011 wurden die Auszubildenden erstmalig auch danach gefragt, ob sie sich während der Ausbildungszeit ungerecht behandelt fühlen. Als mögliche Form der schlechten Behandlung wurde auch die Androhung oder Ausübung körperlicher Gewalt und sexuelle Belästigung genannt. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf hat klargestellt, dass die Ergebnisse unter keinen Umständen bagatellisiert werden dürfen (siehe Soli 10-2011).

Gerade Auszubildende schweigen, wenn es zu einer Belästigung am Arbeitsplatz kommt. Die Angst, den Ausbildungsplatz zu verlieren oder nicht ernstgenommen zu werden, ist oft groß. Andererseits ist es keine Seltenheit, dass die Ausbildung aufgrund von sexueller Belästigung abgebrochen wird.

Wenn du am Ausbildungsplatz sexuell belästigt wirst, solltest du dies aber nicht aus Angst, Ekel, Peinlichkeit oder Schamgefühl hinnehmen, denn die Auswirkungen können sehr weitreichend sein – etwa körperliche und seelische Krankheiten wie Angst, Depression, Essstörungen, Kopfschmerzen, Alpträume und Schlafstörungen.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz kann sich in unterschiedlichen Handlungsweisen äußern, hierzu gehören:

- Anzügliche Bemerkungen und Witze
- Kommentare über das Äußere mit sexistischem Hintergrund
- Zeigen von pornographischen Bildern am Arbeitsplatz
- Sexuell gemeinte körperliche Berührungen, unnötiger Körperkontakt (Kneifen und Po-Klappen, Berühren der Brust)
- Aufforderungen zu sexuellen Handlungen/Verkehr
- Versprechen von beruflichen Vorteilen bei sexuellem Entgegenkommen
- Und umgekehrt: Androhung von beruflichen Nachteilen, wie z. B. einer Kündigung, wenn sexuelle Handlungen verweigert werden.

Was kann ich tun?

Werde dir deiner Gefühle bewusst, wann für dich Grenzen überschritten sind. Denn: Jede Handlung durch einen Kollegen/Mitarbeiter oder durch deinen Ausbilder, bei der du dich sexuell bedrängt fühlst, ist eine sexuelle Belästigung. Lasse dir nicht einreden, dass du über-

reagierst oder alles gar nicht so schlimm ist. Auch verbale Angriffe wie Hinterherpfeifen, anzügliche Bemerkungen über die Figur oder das Verhalten sind sexuelle Belästigungen.

Aktiv und offensiv reagieren

Du solltest auf jeden Fall aktiv und offensiv gegen die Belästigung vorgehen. Oftmals kann schon dadurch das Schlimmste unterbunden werden. Du solltest die belästigende Person zur Rede stellen, und das in aller Öffentlichkeit im Büro. Und ihr androhen, dich zu beschweren. Setz dich auch körperlich zur Wehr, um beispielsweise unangenehmes Berühren zu verhindern. Und drohe auch rechtliche Folgen an: Denn du hast die Möglichkeit, den Täter zu verklagen.

Wenn diese Reaktion nicht hilft, dann solltest du dich auf jeden Fall bei deinem Ausbilder beschweren. Falls die Belästigung von deinem Chef ausgeht, dann wende dich unbedingt an deine zuständige Gewerkschaft und an die zuständige Kammer. Wenn dein Ausbilder dich sexuell belästigt, kann das dazu führen, dass ihm die Ausbilderlizenz entzogen wird.

Darüber sprechen

Es ist sehr wichtig, dass du mit Personen deines Vertrauens über die Belästigung sprichst. Das können Arbeitskollegen sein, Freunde, Verwandte, Lehrerinnen der Berufsschule. Du kannst dich auch immer anonym bei Beratungsstellen vor Ort informieren: Der erste Schritt ist getan, indem du deine Gefühle ernst nimmst und das Gespräch suchst.

Tagebuch führen, Beweise sammeln

Oftmals ist es schwierig, die Belästigung zu beweisen. Daher ist es ganz wichtig, schriftlich festzuhalten, was sich wann, wo und mit welcher Person abgespielt hat, und auch, welche Personen noch mit anwesend waren.

Dieses Dokument kann später für dich ein wichtiges Beweismaterial sein. Um deinem Tagebuch mehr Beweiskraft zu verleihen, kannst du es auch eidesstattlich durch einen Anwalt absegnen lassen. Falls du fristlos kündigen oder den Belästiger anzeigen möchtest, kann das deinen Aussagen noch mehr Glaubwürdigkeit geben.

Hilfe holen

Du kannst dich auch immer an die Mädchenbeauftragte deiner Schule wenden, oder an den Frauen-Notruf vor Ort. Zudem gibt es in größeren Betrieben oftmals eine Frauenbeauftragte und einen Betriebsrat bzw. eine Jugend- und Auszubildendenvertretung, die dir mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auch deine zuständige Gewerkschaft kann dir weiterhelfen. Bei sexueller Belästigung kannst du dich auch rechtlich



Termin bei
Dr. Azubi mit
Julia Kanzog

zur Wehr setzen. Seit 2006 gibt es das so genannte Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz/Antidiskriminierungsgesetz. Es regelt, dass du das Recht hast, dich bei deinem Ausbilder zu beschweren. Der ist dann verpflichtet, dein Anliegen ernst zu nehmen, die Angriffe zu unterbinden und dich vor ihnen zu schützen.

Zudem hat dein Ausbilder dir gegenüber eine Fürsorgepflicht nach dem Berufsbildungsgesetz. Seine Handlungsmöglichkeiten können vom Versetzen des Belästigenden in eine andere Abteilung bis hin zu seiner Kündigung reichen.

Falls dein Ausbilder dein Anliegen nicht ernst nimmt oder sich nicht darum kümmert, kann er sich dadurch auch schadensersatzpflichtig machen – und du hast unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, deine Ausbildungsleistung bei laufenden Bezügen zu verweigern.

Dies solltest du aber auf jeden Fall schriftlich mitteilen. Und dir, bevor du zu dieser Maßnahme greifst, rechtlichen Rat bei deiner zuständigen Gewerkschaft holen.

Bestimmte Formen sind auch eine Straftat, wenn du z. B. zum Verkehr gezwungen wirst. Hier ist eine Anzeige angebracht.

Ausbildungsplatz wechseln

Es ist dein gutes Recht, deinen Ausbildungsplatz zu wechseln und das Ausbildungsverhältnis aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Auch hierbei solltest du dir Hilfe bei deiner zuständigen Gewerkschaft suchen. ▀

Beratungsinfos der DGB-Jugend:

http://bit.ly/dgbj_sexuelle-belaestigung

JAV und sexuelle Belästigung: http://bit.ly/dgbj_jav

Die Möglichkeiten von Beschwerden:

http://bit.ly/dgbj_agg

Der erste Schritt ist getan, wenn du das Gespräch suchst.

Jugend im Netz

Wie und wo ist die DGB-Jugend in den sozialen Netzwerken aktiv? Die Social-Media-Redakteure der DGB-Jugend, Sherko Kejo und Patrick Stary, über die Prämissen und Ziele der Online-Strategie des Jugendverbandes in Sachen Facebook und Co.

Fanseiten bei Facebook, Tweets, Foren-einträge... Die Bedeutung sozialer Netzwerke für politische Bewegungen wurde nicht erst bei den ersten Aufständen im arabischen Raum deutlich. Die DGB-Jugend hat daher verstärkt in den Aufbau der Kommunikation in ihnen investiert: Die junge Generation ist mit Facebook aufgewachsen, da dürfen die Jugendabteilungen der Gewerkschaften nicht beiseite stehen. Ob Terminankündigungen für Veranstaltungen, spontane oder geplante Demonstrationen und Diskussionen rund um die eigenen Themen: Die Gewerkschaftsjugend erhofft sich von den neuen Kommunikationskanälen eine bessere Vernetzung der einzelnen Mitglieder und den Kontakt zu Nichtmitgliedern.

Seit gut einem Jahr expandiert die DGB-Jugend in soziale Netzwerke, jetzt auch unter dem Namen »Esperanza Altamirano«. Welche Überlegung steckt dahinter?

Patrick: Gerade junge Leute verbringen mehr und mehr Zeit in sozialen Netzwerken. Youtube, Facebook und Twitter haben in vielen Bereichen die klassischen Medien längst überholt. Mit den neuen Technologien verändert sich darüber hinaus auch die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren: Alles wird zunehmend dialogischer, transparenter und partizipativer – eigentlich gute Bedingungen für eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft.

An wie vielen Blogs und Homepages ist die DGB-Jugend beteiligt?

Die Datenlage

99 Prozent aller 14- bis 20-Jährigen in Deutschland haben einen Internetanschluss.

95 Prozent haben ein eigenes Handy.

88 Prozent sind in sozialen Netzwerken aktiv.

10 Prozent der User greifen derzeit mobil auf die Seite www.dgb-jugend.de zu. ▀

Quellen: DGB-Jugend / Umfrage der Techniker-Krankenkasse, http://bit.ly/tk_elektronische_jugendliche

Patrick: Es gibt die Homepage der DGB-Jugend und die Unterseiten »Students at work« und »Dr. Azubi«, wo Fragen zu Ausbildung, Job und Praktika beantwortet werden. Darüber hinaus noch die Seite der Initiative »Wie willst du leben?« und die Bündnisseite »Änder das«.

Wie viele Social-Media-Profile betreibt die DGB-Jugend?

Sherko: Sechs: »DGB-Jugend«, »Wie willst du leben?«, »Students at work«, »Dr. Azubi«, »Generation Praktikum« und »Hände weg vom Jugendarbeitsschutzgesetz«.

In welchen sozialen Netzwerken tummelt sich der DGB-Jugend-Content?

Patrick: Derzeit bei Twitter, Facebook, Flickr und Youtube.



Esperanza Altamirano heißt die Avatarin, hinter dem sich das Social-Media-Team der DGB-Jugend – z.B. bei Facebook – verbirgt

Ist es kein Problem, seine interne Kommunikation von privaten Anbietern abhängig zu machen? Wäre unter Umständen ein eigenes Netzwerk sinnvoll?

Patrick: Es geht ja nicht um Firmengeheimnisse, sondern um den wichtigen Austausch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen mit dem Rest der Gesellschaft. Die datenschutzrechtliche Praxis einiger sozialer Netzwerke ist sicherlich zu verurteilen. Und natürlich wäre es besser, wenn es eine Alternative geben würde, die weniger bedenklich wäre und sich mehr an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren würde, anstatt vor allem die Kapitalisierung von Informationen und Aufmerksamkeit weiter voranzutreiben. Dass es in absehbarer Zeit eine relevante Alternative zu Facebook geben wird, ist unwahrscheinlich. Gerade wenn man breite Teile der Gesellschaft erreichen möchte, ist es schwierig, jenseits der großen sozialen Netzwerke etwas Eigenes aufzubauen.

Welche Inhalte werden gepostet?

Patrick: Nicht nur gewerkschaftliche Themen im engeren Sinne. Es geht auch sehr stark um Inhalte wie Bildung, Freiheit, Antirassismus – und natürlich um Tagesaktuelles. Einiges, was bundesweit passiert, findet aber gar nicht den Weg ins Netz, das ist schade. Wir wollen versuchen, das in Zukunft zu ändern – das funktioniert natürlich nur, wenn wir dabei von den Aktiven vor Ort unterstützt werden.

Wie unterscheidet sich die Arbeitsweise im sozialen Netzwerk von anderen kommunikativen Prozessen?

Sherko: Bei sozialen Netzwerken kannst du nicht einfach nur Meldungen verteilen und das war's. Meinungsaustausch ist da ganz wichtig. Und Diskussion – wie in der üblichen gewerkschaftlichen Arbeit – auch. Zwar ist die virtuelle Welt manchmal anonymer, sodass auch unangenehmere Sachen zutage kommen können. Denen kann man aber widersprechen, und oft regelt die Community vieles auch von selbst.

Gib mal einen Ausblick: Wo steht das Internet in fünf Jahren und wo darin die Gewerkschaftsjugend?

Patrick: Die jetzt schon große Bedeutung von sozialen Netzwerken wird sicherlich noch weiter zunehmen. Es wird mehr über mobile Geräte auf das Internet zugegriffen werden, reale Orte werden stärker mit sozialen Netzwerken interagieren. Klassische Medien werden daneben aber immer noch eine wichtige Rolle spielen und keineswegs bedeutungslos sein. Ein radikaler Wandel lässt sich ja immer schwer voraussagen, eigentlich kann man noch nicht einmal sagen, wie sich der Facebook-Konkurrent Google+ schlagen wird. Ich denke, Gewerkschaften müssen in der Kommunikation noch partizipativer und transparenter werden, gerade mit Jugendlichen. Sie müssen sich ähnlich verändern, wie dies derzeit unter dem Begriff Organizing für andere Bereiche gewerkschaftlicher Arbeit diskutiert wird. Die Stimme der Einzelnen wird eine größere Rolle spielen müssen. ▀

Über folgende E-Mail-Adresse kann man das Social-Media-Team der DGB-Jugend erreichen:

esperanza.altamirano@googlemail.com

Esperanza bei Facebook:

http://on.fb.me/esperanza_altamirano

Auf Facebook findet ihr auch die angesprochenen Accounts.

Weitere Internetadressen:

www.dgb-jugend.de

www.youtube.com/user/dgbjugend

www.wie-willst-du-leben.de

www.facebook.com/wieleben

www.twitter.com/wieleben

www.flickr.com/photos/wiewillstduleben

»Es geht um Bildung, Freiheit, Antirassismus.«


Unerträglicher Zustand

Die Junge IG BAU kritisiert die Diskriminierung junger Menschen beim Kündigungsschutz.

Ungerechter geht's nicht: Nach aktueller Rechtslage werden Beschäftigungszeiten vor Vollendung des 25. Lebensjahres nicht bei der Dauer der Kündigungsfrist angerechnet – für die Junge IG BAU unhaltbar. »Es ist unerträglich, dass Menschen weniger Sicherheit für ihre Lebensplanung haben, nur weil sie jung sind«, sagt die IG BAU-Bundesjugendvorsitzende Saskia Beck.

Wer jungen Menschen ernsthaft eine Perspektive bieten wolle, der müsse ihnen auch zugestehen, für ihren Alltag planen zu können. Die derzeitige Regelung verstoße zudem gegen europäisches Recht. »Die Bundesregierung ist gut beraten, diesen Zustand umgehend abzustellen. Das ist eine generationenfeindliche Politik, die andere politische Ankündigungen als PR-Taktik entlarvt«, sagt Beck.

Hintergrund: Der Bundestag hat im Oktober 2011 gegen die Erweiterung des Kündigungsschutzes bei unter 25-Jährigen gestimmt. Die SPD-Fraktion hatte einen Gesetzentwurf vor-

gelegt, der die Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs gegen die Diskriminierung aufgrund des Alters vorsah. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wollte mit ihrem Gesetzentwurf die Änderung des Paragraphen 622 Absatz 2 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches erreichen. Damit sollten Kündigungsfristen bei Arbeitsverhältnissen diskriminierungsfrei ausgestaltet werden. 



Saskia Beck

www.igbau.de

Wichtiges Engagement



Die »Gelbe Hand« wird 25. Ihr Einsatz ist aktuell wie nie.


Auch 25, aber viel besser: Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« konnte im November 2011 in Düsseldorf seinen Geburtstag feiern. Unter dem Symbol der Gelben Hand machen sich ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen seit 1986 gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus stark.

Die Arbeit des Vereins ist leider sehr gefragt: »Die gerade aufgedeckte rechtsextreme Mord-

serie zeigt, dass der Kampf gegen Rassismus und für eine tolerante demokratische Gesellschaft wichtiger ist denn je«, sagte Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB Nordrhein-Westfalen, in seiner Laudatio.

Seit seiner Gründung setzt sich der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt und für die Gleichberechtigung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund ein. Damit ist er eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland.

Meyer-Lauber nutzte den Anlass, um ein Verbot der NPD zu fordern. Damit könne man den Rechtsradikalen eine wichtige Finanzierungsquelle nehmen. Zum 18. November 2011 hat der Verein auch eine Erklärung zu der rassistischen Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe NSU veröffentlicht.

Der Verein hat angekündigt, »seine Aktivitäten für Vielfalt und Respekt und gegen Rassismus und Rechtsextremismus weiter auszubauen«. 

www.gelbehand.de

Aktivposten

Das Ringen der IG BAU um eine höhere Ausbildungsvergütung im Maler- und Lackierhandwerk hat sich gelohnt. Der Tarifvertrag ist nun allgemeinverbindlich. Ab jetzt haben alle 33.000 Auszubildenden der Branche einen Anspruch auf höhere Bezahlung.

Die IG BAU hatte zuvor fast ein Jahr lang hart mit den Arbeitgebern über den Abschluss verhandelt. Im ersten Ausbildungsjahr erhalten sie jetzt 450 Euro. Die Vergütung steigt im zweiten Jahr auf 500 Euro und im dritten auf 635 Euro.

www.igbau.de

Soli aktuell findet: Ein wichtiger Sieg!

Rund 1.500 Auszubildende für Pflegeberufe haben im November 2011 in München an einer Menschenkette für die Schulgeldfreiheit an Altenpflegeschulen teilgenommen. Die **ver.di Jugend** hatte zu den Protesten aufgerufen, da nun vielerorts Kosten für Auszubildende an Pflegefachschulen drohen.

www.verdi-jugend.de

Soli aktuell fordert: Kein Lehrgeld für die Ausbildung!

Im November 2011 hat die **DGB-Jugend Niederrhein** die Wanderausstellung »Seid wachsam, dass über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht«, verabschiedet. Für zwei Monate war sie im DGB-Haus zu besichtigen gewesen.

Erfreulich war die Resonanz bei der jungen Generation. Neben Schulklassen nahmen auch Auszubildende die Angebote wahr und erfuhren mehr über GewerkschafterInnen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten (siehe Soli aktuell 5-2011, <http://bit.ly/dgbj-seid-wachsam>).

Die Wanderausstellung wurde von der Gedenkstätte Sachsenhausen erstellt und ist bis 2014 restlos ausgebucht. Die nächsten Stationen sind Hattingen, Dresden und Köln.

Kontakt: DGB-Jugend Niederrhein, Eric Schley, Tel.: 0203/99 275 15, E-Mail: eric.schley@dgb.de

Soli aktuell mahnt: Niemals vergessen!

Mit Empörung hat die **DGB-Jugend Hessen** auf die Äußerungen der Kasseler Industrie- und Handwerkskammer reagiert, wonach über die Hälfte der Jugendlichen nicht ausbildungsreif

sei. DGB-Jugendbildungsreferent André Schönewolf: »Die DGB-Jugend hat mit dem hessischen Ausbildungsreport belastbare Zahlen vorgelegt. Aus denen geht hervor, dass es Branchen gibt, in denen es die Betriebe sind, die nicht ausbildungsreif sind.«

Soli aktuell findet: Die Wirtschaft soll weniger rumreden und mehr ausbilden.

»Mindestlohn ist Minimum« – das steht in Großbuchstaben auf dem Asphalt vor dem Haus des Arbeitgeberverbands Emscher-Lippe in Gelsenkirchen. Die Botschaft haben AktivistInnen von der **DGB-Jugend Emscher-Lippe**, den Falken, Jusos und Grüner Jugend auf der Straße hinterlassen.

Zuvor hatte Arbeitgeber-Geschäftsführer Christopher Schmitt für Missstimmung gesorgt: Ein allgemeiner Mindestlohn führe in strukturschwachen Gebieten »nicht zu mehr Wohlstand, sondern zu mehr Arbeitslosigkeit«.

www.dgb-emscher-lippe.de/arbeitskreise/dgb-jugend

www.arbeitgeber-emscher-lippe.de

Soli aktuell meint: Unfug wird getaggt!

Tipp des Monats

In sozialen Netzwerken gibt es viele nette Menschen – und leider auch nicht wenige, die rechtsextreme, rassistische, antisemitische und sonstige menschenfeindliche Inhalte verbreiten.

Das neue Projekt »No-nazi.net« der Amadeu-Antonio-Stiftung zeigt, wie man im Internet dagegen vorgehen kann. Es wendet sich speziell an jugendliche UserInnen von 13 bis 18 Jahren. In dieser Zielgruppe sind 63% täglich im Internet – und davon 70% täglich in sozialen Netzwerken.



Das Projekt will die Jugendlichen dort ansprechen, wo sie ihre Freunde treffen, ihre Freizeit verbringen und sich entsprechend auch positionieren und engagieren wollen.

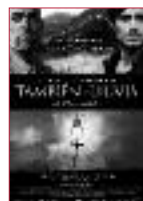
<http://no-nazi.net/>

Gewerkschaftliche Themenseiten: Über 50 neue Themenblogs bietet die Hans-Böckler-Stiftung. Die Seiten funktionieren wie Suchergebnisse: Vom Stichwort aus klickt man sich durch das gesamte Wissen der Stiftung.
Soli aktuell meint: Prima Service!
www.boeckler.de/index_themenkatalog.htm

GlobalisierungsspezialistInnen aufgepasst – »Sogar der Regen« gehört neuerdings wem! In ihrem grandiosen Film setzt die Regisseurin Icíar Bollaín den bolivianischen »Wasserkrieg« – die Auseinandersetzungen rund um die Privatisierung der kommunalen Versorgung im Jahr 2000 – in Szene. Damals kam es zu hefti-

gen Protesten und zum Generalstreik. Die Pläne wurden schließlich zurückgenommen.

Das Drehbuch stammt von Paul Laverty, der oft mit dem englischen, in Gewerkschaftskreisen gern gesehenen Regisseur Ken Loach zusammengearbeitet hat.
Soli aktuell meint: Probleme mit den Stadtwerken gibt's überall. Leid verbindet.



»También la Lluvia – Sogar der Regen.«
F/SP/MEX 2010. Regie: Icíar Bollaín. Mit Luis Tosar, Gael García Bernal u.a. Kinostart: 29. Dezember 2011

Achtung: Der »ran« geht's schlecht: Das gewerkschaftliche Jugendmagazin braucht »spürbar« mehr Abos. Die Produktionskosten seien demnächst nicht zu halten, heißt es beim Verlag.

www.ran-magazin.de

**Hattingen – Seminare**

Sitzungsleitung und Moderation: »Au Mann, ist der Typ langweilig, ich schlaf gleich ein«... Wer hat sich nicht schon über zähe, langweilige und endlose Besprechungen geärgert?

Damit ist jetzt Schluss: In diesem Seminar werden die Grundlagen der Leitung von Sitzungen und der Umgang mit Medien im Mittelpunkt stehen. »Wir werden sehr praxisorientiert und aktiv arbeiten«, kündigt Astrid Henn vom DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen an. Müde war gestern!

3. bis 5. Februar 2012. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

»Students at work« – Einführungsseminar:

Das Seminar richtet sich an Studierende, die in Zukunft an Unis und Fachhochschulen als BeraterInnen tätig werden wollen. Dabei wird es um die inhaltlichen Grundlagen der arbeits- und sozialrechtlichen Beratung gehen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Vermittlung von gewerkschaftlichen Kompetenzen im Beratungsalltag.

26. Februar bis 2. März 2012. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf http://www2.dgb-jugend.de/service/soli_aktuell

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift

DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin